

## **Ausgeglichener Haushalt für 2023 ohne Erhöhung der Grundsteuer B vorgelegt**

Für das Haushaltsjahr 2022 erfolgte die Haushalts-Genehmigung erst Ende November des vergangenen Jahres, weil für die Haushaltsansätze ab 2023 erhebliche Finanzierungslücken in Millionenhöhe bestanden, die durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nur durch die Erhöhung der Erträge aus der Grundsteuer B ausgeglichen werden konnten. Ob es nach dieser Formalität tatsächlich zu einer Steuererhöhung kommt, blieb abzuwarten und hängt von der Haushaltsplanung für 2023 ab.

Bürgermeister und Kämmerer Daniel Tybussek legte der Stadtverordnetenversammlung am 09.02.2023 einen Haushaltsplan für 2023 ohne Erhöhung der Grundsteuer B vor.

„Nach den Erfahrungen der Haushaltsberatungen aus dem letzten Jahr habe ich Ende 2022 angekündigt, einen Haushalt im Februar 2023 vorzulegen, der eine klare Schwerpunktsetzung enthält.“ beschreibt Daniel Tybussek die Vorgehensweise. „Im letzten Jahr war mit der Allianz vereinbart, auf meine eigenen politischen Ansätze zu verzichten und die Arbeit den Kommunalpolitikern der Mehrheitsfraktionen zu überlassen, was zur bekannten Hängepartie führte.“

Für die Erstellung des aktuellen Haushalts waren erhebliche Anstrengungen erforderlich, um die Finanzierungslücken zu schließen und gleichzeitig die nicht mit Finanzmitteln gedeckten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zu erfüllen, was nicht immer möglich war. Darüber hinaus hat Tybussek neue Projektideen und eigene Vorschläge in den Haushalt eingebaut.

Im Haushalt 2023 stehen Erträgen in Höhe von 81.015.881 EUR Aufwendungen in Höhe von 82.278.430 EUR gegenüber. Dies ergibt ein Defizit von 1.262.549 EUR, das durch eine Entnahme der Rücklagen ausgeglichen wird.

„Die Haushaltslage ist natürlich weiterhin sehr angespannt und es bleibt abzuwarten, inwieweit die Stadtverordnetenversammlung meinen Vorschlägen folgt.“ führt Bürgermeister Daniel Tybussek in die Schwerpunktsetzungen des Haushalts ein.

So wurden alle Stellen auf Notwendigkeit und deren Erfordernisse hinterfragt. Dies führte dazu, dass eine neue Stelle im FB 3 Brand-/Zivilschutz aufgrund der gestiegenen Anforderungen und steigendem Arbeitsumfang zur Sicherstellung der Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige ehrenamtliche Feuerwehr eingeplant wurde.

Dafür wurden 2,5 derzeit nicht besetzten Stellen der Ordnungspolizei gestrichen, da die Kriminalstatistik konstant niedrige Fallzahlen aufweist und damit eine hohe Sicherheit in der Stadt gegeben ist. Durch Setzung von Schwerpunkten und Prioritäten können die Aufgaben mit dem vorhandenen Personal erfüllt werden, so der Vorschlag des Kämmerers.

Außerdem soll eine derzeit nicht besetzte Stelle im FB 6 Umwelt und Freiraum wegfallen – erste Schritte zur Erstellung einer Klimabilanz zur Vorbereitung eines Klimaschutzkonzeptes können auch ohne eigenes Personal mit externer Unterstützung bei überschaubarem Mitteleinsatz geleistet werden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse bilden dann unter Berücksichtigung von Fördergeldern eine Entscheidungsgrundlage für notwendige Stellen. Erste Ergebnisse einer Analyse zeigen, dass durch erhebliche Investitionen in den

letzten Jahren die Liegenschaften der Stadt und der Wohnbau die Klimaziele der Bundesregierung erfüllen werden. Außerdem bieten die Stadtwerke ausschließlich Öko-Strom an, Hopper und Straßenbeleuchtung sind damit CO<sub>2</sub>-frei.

Der Wegfall einer nicht besetzten Stelle im FB 7 Stadtplanung hat folgenden Grund: vor der Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes sollten der politische Wille und die damit verbundenen städtebaulichen Ziele unter Beachtung einer Förderkulisse konkret gefasst werden. Dies kann wie in anderen Sachverhalten auch mit Unterstützung der Verwaltung im Fachausschuss geschehen und Erkenntnisse für notwendige weitere Schritte und evtl. Stellen liefern.

Dafür wurden 30.000 EUR aus dem Haushalt 2022 zurückgestellt.

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung des mobilen Arbeitens und deren Möglichkeiten klar aufgezeigt. Bürgermeister Daniel Tybussek hat deshalb ein Infrastrukturprojekt in den Haushalt eingearbeitet, das die Digitalisierung aller Akten in der Stadtverwaltung vorsieht. Nur dadurch kann ein vollumfängliches mobiles Arbeiten erreicht werden.

Insgesamt sind in den nächsten Jahren dafür 1,1 Mio. EUR etatisiert.

Damit einhergehend soll die Anzahl vorhandener Arbeitsplätze –nicht Stellen !- reduziert werden, da verstärkt mobil gearbeitet werden soll und damit Arbeitsplätze im Rathaus von mehreren Mitarbeitenden zeitversetzt genutzt werden können.

Durch den Wegfall von 30 Arbeitsplätzen rechnet Tybussek mit Einsparungen von 300.000 EUR und anderer Nutzung der frei werdenden Räume. Hier schlägt er eine Erweiterung der Räume des ärztlichen Notdienstes vor, um diese dann an eine Arztpraxis zu vermieten.

Zudem sieht er die Stadt Mühlheim als Arbeitgeber mit mobilem Arbeiten noch attraktiver, da Fahrzeiten und –kosten durch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wegfallen. Durch reduzierte Fahrten zum Arbeitsplatz wird außerdem ein ökologischer Beitrag geleistet.

Im Wirtschaftsplan der Wohnungsbaugesellschaft sind in den nächsten 5 Jahren keine Neubauprojekte vorgesehen, die eine eigene Finanzkraft erfordern. Daher sind Ausschüttungen der Wohnbau an die Stadt im Haushalt etatisiert: 750.000 EUR für 2023, ab 2024 500.000 EUR. Da die Wohnbau alljährlich positive Jahresergebnisse erzielt hat, über erhebliche Gewinnrücklagen und Liquidität verfügt ist es aus seiner Sicht legitim, angesichts der Haushaltslage so zu verfahren. Schließlich hat die Stadt durch beispielsweise niedrige Erbbauzinsen zur guten Finanzlage in der Wohnbau beigetragen.

Eine Erhöhung der Grundsteuer B um 40 % (400.000) ist ab 2025 vorgesehen, Gebührenerhöhungen in Krippe und Hort, die 150.000 EUR zusätzliche Erträge einbringen sollen, ebenso ab 2025. Dadurch soll der Gebührenanteil der Eltern an den Gesamtkosten nicht noch weiter reduziert werden.

Die Reinigungskosten bei der Immoservice sind enorm angestiegen. Kämmerer Tybussek hat diesen um 300.000 EUR im Haushalt reduziert und schlägt vor zu prüfen, ob nicht doch eigenes städtisches Personal mittlerweile kostengünstiger sei. Alternativ könnten auch Leistungen um diese Summe reduziert werden.

Das ehrenamtliche Engagement wird auch im Haushalt 2023 eine unverändert hohe und bedeutsame Rolle einnehmen. An den Vereinszuschüssen wurde nicht gekürzt und auch der Etat der freiwilligen Feuerwehren, die einen erheblichen gesellschaftlichen Beitrag leisten, bleibt erhalten.

„In rund 180 Vereinen in den Bereichen Sport, Kultur, Prävention und Sozialem werden im Ehrenamt Leistungen erbracht, die mit Steuergeld nicht zu finanzieren wären.“ erklärt Daniel Tybussek den Mehrwert.

„Unser Dank gilt daher allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in ihrer Freizeit für unser Gemeinwohl engagieren.“

Auch andere bedeutsame freiwillige Leistungen wie Stadtbücherei, Musikschule, Volkshochschule und Willy-Brandt-Halle erhalten die bewährte Unterstützung, wenn auch die Bürgerhaus GmbH mehr Zuschüsse im Wirtschaftsplan erwartet, als von ihr bei der Stadt angemeldet wurden.

„Unsere Stadt verändert sich weiter: sie wächst und ist attraktiv für Familien. Aktive Seniorinnen und Senioren bringen sich in die Stadtgesellschaft ein. All dies macht Mühlheim zu einer lebens- und lebenswerten Stadt für alle Generationen.“ beschreibt Daniel Tybussek die Zielsetzung des Haushalts. „Unser gutes Miteinander und der soziale Frieden werden durch die Unterstützung des Ehrenamts genauso erreicht wie ein guter Investitionsmix in unterschiedlichen Bereichen.“ So sind im Investitionsplan unter anderem Gelder für die Anschaffung neuer Fahrzeuge für die Feuerwehr, für den Erhalt und die Verbesserung der Infrastruktur (Kanal und Straßen), für die Brückenmühle als Wahrzeichen der Stadt und für Sportanlagen vorgesehen.

„Die Haushaltslage ist weiterhin sehr angespannt. Der restriktive und erfolgreiche Sparkurs der letzten Jahre zahlt sich zwar nach wie vor aus, lässt aber keine weiteren Einsparmöglichkeiten zu.“ verdeutlicht Kämmerer und Bürgermeister Daniel Tybussek die Haushaltslage. Über 2.500 Haushaltsstellen wurden im Rahmen der Haushaltsaufstellung kritisch überprüft.